

Wähler des sechszwanzigsten Landtagswahlkreises!

Das wichtigste Recht des Staatsbürgers ist sein Wahlrecht zu den Parlamenten und öffentlichen Körperschaften. Damit ist jedem die Möglichkeit gegeben, die Gesetzgebung und Verwaltung durch seinen Willen zu beeinflussen.

Die Volkspartei will, daß der Einfluß des Volkes auf die Gesetzgebung und Verwaltung immer stärker werde, und verlangt daher die Verbesserung aller Wahlrechte, deren Ausübung noch nicht jedem in gleichem Maße direkt und durch das geheime Verfahren gestattet ist. Bürgermeister und Gemeinderäte sollten direkt durch die Bevölkerung gewählt werden.

Wir verlangen Verbeibehaltung der Schöffengerichte und Schworenengerichte und eine größere Herbeiziehung aller Bevölkerungskreise zu den Ämtern von Schöffen und Schworen, Vereinfachung und Verbilligung des gerichtlichen Verfahrens und Justizwesens.

Auf dem Gebiet der Schule wollen wir die Hebung der Volksbildung in erster Linie durch Schaffung und Erhaltung einer guten Volksschule, in der alles Entbehrliche ferngehalten, in der aber das zum modernen Kampf ums Dasein notwendige ohne überflüssigen Zeitaufwand gelehrt wird.

Der Religionsunterricht soll nicht, wie unsere Gegner von uns sagen, aus der Schule entfernt, sondern vollständig durch die Volksschule erteilt werden, wodurch auf der einen Seite eine Ersparnis an Lehrermaterial eintreten würde, auf der anderen Seite für die Lehrer mehr Zeit zu andern, auch nicht unwichtigen Unterrichtsgegenständen gewonnen würde. Wir verlangen die Aufnahme der Lehrer in den staatlichen Gehaltstarif.

Der Staat soll durch Unterstützung aller, nicht nur der armen Landgemeinden, auf dem Gebiete der Schule es ausgleichen helfen, daß die Bevölkerung der großen Städte viel bessere Bildungsmöglichkeiten besitzt.

Auf religiösem Gebiet verlangen wir vollständige Duldsamkeit des Staates allen religiösen Bestrebungen gegenüber. Keiner soll wegen seiner Konfession oder wegen seiner religiösen Anschauungen zurückgesetzt werden, auch nicht der seine eigenen Wege geht. Der Staat soll auf das kirchliche Leben nicht einwirken, sondern ihm volle Freiheit lassen. Dafür sollen die Konfessionen auf Staatsbeihilfe verzichten und ihren Aufwand direkt decken, statt auf Umweg über die Staatssteuer. Dem Staatsbürger kann es gleichgültig sein, ob er den jetzt auf den Staat entfallenden Anteil auf dem Staatssteuerzettel oder auf dem Kirchensteuerzettel findet. Der Staat soll der Kirche ihre Freiheit lassen, die Kirche dem Staat. Dann wird auch wieder religiöser Friede eintreten.

Auf dem Gebiet des Verkehrs verlangen wir Selbstständigkeit unserer Eisenbahnen, Einführung des Zweifennig-Tarifs der Personenzüge, auch für Schnell- und Eilzüge, oder wenigstens Wiedereinführung des Kilometerbestes, Ausbau unseres Eisenbahnnetzes ohne übergroße Aengstlichkeit, Kündigung der Güterwagengemeinschaft, damit wir wieder unser gutes Güterwagenmaterial erhalten, gute Entlohnung und geordnete Regelung sowie Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere der hartarbeitenden Eisenbahnarbeiter.

Auf dem Gebiete der Verwaltung soll mit dem Polizeigestift ausgeräumt werden. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sind allerdings Strafen nötig.

Es soll aber ausgeräumt werden mit der Massenproduktion von Strafvorfällen, wie sie jetzt üblich ist. Es soll verboten werden, die dienstliche Tüchtigkeit der Polizei und Gendarmeriebeamten nach der Anzahl der erstatteten Meldungen zu beurteilen. Den Gemeinde- und Kreisverwaltungen soll möglichst Selbstständigkeit gelassen werden.

Fluß- und Straßenbau soll in ähnlichem Sinn wie das Verkehrswesen ausgestaltet werden, unter tatkräftiger Beihilfe des Staates zu den Gemeinden und Kreisen erwachsenden Kosten dort, wo die Verhältnisse besonders ungünstig liegen.

Es sollen auf dem Rhein und den übrigen Flüssen keine Schiffsabgaben erhoben werden, weil das eine Verteuerung und Erschwerung, insbesondere des Holz-, Kohlen- und Getreideverkehrs bedeuten würde, an dem wir mehr zu tragen hätten als die übrigen Bundesstaaten.

Durch Regelung des Submissionswesens soll es in erster Linie dem soliden Handwerk ermöglicht werden, Lieferungen für Staat und Gemeinde zu übernehmen. Es soll darauf hingewirkt werden, daß Staat, Gemeinde und Private ihrer Aufgaben gegen die Lohnarbeiterschaft in wahrhaft sozialem Sinne gerecht werden. Das Vereinigungsrecht der Arbeiter muß gegen Übergriffe sichergestellt werden.

Der Staat soll sich den Aufgaben gegenüber der Landwirtschaft bewußt bleiben. Landwirtschaftliche Fachschulen, Anpflanzung von Gewächsen, Zucht von nutzbringenden Tieren sollen in weitestem Maße gefördert werden. Durch möglichste Rücknahme der militärischen Dienstleistungen sollen der Landwirtschaft nicht unnötigerweise Arbeitskräfte entzogen werden. Der Staat soll das Bestreben, sich auf dem Land anzusiedeln und dort zu verbleiben durch gute Verkehrsmittel, durch Unterstützung der Bestrebungen, die verhindern wollen, daß allzuviel Land in Hände gelangt, aus denen es die Bauern nicht mehr erhalten können, fördern, damit die Landwirtschaft genügend Arbeitskräfte erhält.

Den Bauern wird empfohlen, sich zu Bauernorganisationen unter häuslicher Leitung zusammenzuschließen, um so in der Lage zu sein, ihre Bestrebungen mit dem nötigen Nachdruck versehen zu können.

Der Staat soll auch in schlechten Zeiten nicht übertriebene Sparmaßnahmen wahren lassen. Gespart soll nur dort werden, wo dadurch nicht wichtige Interessen der Bevölkerung verletzt werden. Gespart könnte werden durch Vereinfachungen des Staatsbetriebs, Aufhebung von solchen Behörden, deren Aufgaben von anderen mitbesorgt werden könnten.

Der Staat soll die großen für diese Aufgaben nötigen Summen durch eine gerechte Art der Besteuerung aufbringen, die Mittelstand und Gewerbe entlastet und die größeren Vermögen und Einkommen stärker heranziehen würde.

Wer will daß im Landtag ein Mann sitzt, dem Förderung von Handel und Gewerbe, Landwirtschaft und Verkehr am Herzen liegt, der unerschrocken für die Rechte des Volkes eintritt, der wähle am 21. Oktober den Kandidaten der Volkspartei

Professor Hermann Hummel
aus Karlsruhe.

Der Wahlausdruck der Volkspartei des sechszwanzigsten Landtagswahlkreises.

Badische Verlagsdruckerei, Karlsruhe, Kaiserstraße 235.